

Prekär ist nicht fair

Gegen schlechte Arbeits- und Lernbedingungen
in Integrationskursen



Kundgebung vor dem Innenministerium

09. März, 14 Uhr

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin (Nähe Hauptbahnhof)

- Am selben Tag demonstrieren Kolleg*innen vor dem BAMF in Düsseldorf -

Aufruf an alle Kolleg*innen, Kursträger, Migrant*innen- und Geflüchteten-Initiativen

Mehr als 20 000 Dozent*innen arbeiten derzeit im Auftrag des Innenministeriums bundesweit an rund 1450 Bildungsträgern (für Volkshochschulen, Vereine, Wohlfahrtsträger, GmbHs etc.) in sogenannten Integrationskursen.

Viele Menschen kommen derzeit getrieben von Krieg und Perspektivlosigkeit nach Deutschland. Wir möchten diesen Menschen gerne durch unsere professionelle Arbeit der Sprachvermittlung die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Bereichen erleichtern.

Das Innenministerium selbst bezeichnet Integrationskurse als Kernstück der Integrationsanstrengung. Aber: Unsere vom Innenministerium vorgegebenen Arbeitsbedingungen sind schlecht und werden noch schlechter!

Die Bildungsträger bekommen ihre finanzielle Zuweisung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das dem Innenministerium untersteht und das die Richtlinien über die Kursformate und -inhalte sowie die Zugangsberechtigungen vorgibt, das Anforderungsprofil für die Dozent*innen regelt und Vorgaben über die Höhe der zu zahlenden Honorare macht.

Die allermeisten von uns arbeiten gezwungenermaßen als (Schein-) Selbständige zu Dumpinghonoraren, ohne Honorarfortzahlung im Krankheitsfall, mit Verdienstaustausch in den Trägerferienzeiten, mit hohen Sozialabgaben (Kranken-, Renten-, Pflegeversicherung) und ohne Kündigungsschutz.

Zudem haben die Arbeitsbedingungen in den Integrationskursen eine Signalwirkung auf die meist noch schlechteren Konditionen bei privaten Sprachschulen.

Die Neuregelungen für Integrationskurse, die das BAMF im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise vorgenommen hat, sind u. E. unzureichend und weisen in die falsche Richtung:

Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Trägerpauschale von gerade einmal 16 Cent pro Teilnehmerstunde ist ein Hohn! Die Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte auszusetzen und die Teilnehmerzahl in den Kursen zu erhöhen senkt die Kursqualität und verschlechtert weiter unsere Arbeitsbedingungen.

Wir fordern:

- **Tarifgebundener Angestelltenstatus wie Sprachlehrer*innen an staatlichen Schulen (Honorarfortzahlung im Krankheitsfall zu Hundert Prozent, Gewährung des Mutterschutzes, Kündigungsschutz) oder mindestens eine Verdoppelung des derzeit branchenüblichen Honorars!**
- **Flexiblere Kursformate und unbürokratischen Kurszugang auch für Geflüchtete!**
- **Fachliches Mitspracherecht der Dozent*innen bei Einstufungen, Kursinhalten und Prüfungen!**

Dozent*innen der Freien Träger

Der Aufruf wird unterstützt von: AG-Lehrbeauftragte bei der GEW-BERLIN, Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung, Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten (BKSL), Fachgruppe Musik ver.di, GEW-Berlin, ver.di-Berlin

PS: Meldet euch/ Melden Sie sich kurz per E-Mail (freiedozentinnen@gmail.com), wenn ihr euch/ Sie sich an der Aktion beteiligen wollt/ wollen!